



Der Leiter der Bayerischen Staatskanzlei

Staatsminister Thomas Kreuzer, Mdl.



Landrat des Landkreises Erlangen-Höchstadt
Herrn Eberhard Irlinger
Marktplatz 6
91054 Erlangen

Ihre Nachricht vom 20.12.2012
Ihr Zeichen

Unsere Nachricht vom
Unser Zeichen A II 1 - 60030-24-46

München, 01. 01. 2013
Durchwahl: 089-2165-2360

Stadt-Umland-Bahn

Sehr geehrter Herr Landrat,

auch im Namen von Herrn Ministerpräsidenten Seehofer danke ich Ihnen für Ihr Schreiben vom 20. Dezember 2012 zur Förderung und Umsetzung der Stadt-Umland-Bahn für Nürnberg / Erlangen / Herzogenaurach.

Die heutigen Busverbindungen dokumentieren bereits die überaus große Verkehrsnachfrage in dieser Region. Vor dem Hintergrund der dort angesiedelten Welt-Unternehmen wie Adidas, Puma, Schaeffler und Siemens und der damit verbundenen außergewöhnlich hohen Dichte an Arbeitsplätzen ist bei einem schienengebundenen System voraussichtlich noch eine deutlich höhere Nachfrage nach öffentlichen Verkehrsverbindungen zu erwarten. Um so mehr freut es mich, dass im Herbst 2012 neben den Städten Nürnberg und Erlangen auch der Landkreis Erlangen-Höchstadt sich für dieses sinnvolle Projekt ausgesprochen hat. Ich stimme Ihnen auch zu, dass vor einer Realisierung alle noch offenen Fragen, insbesondere der Finanzierung geklärt sein müssen.

./.

Zu Ihren Fragen kann ich Ihnen mitteilen:

- Das Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie wird die Stadt-Umland-Bahn in Kürze als prioritär unter den kommenden Neuanmeldungen des Freistaats für das Bundesprogramm GVFG anmelden. Allerdings darf die Umsetzung der vom Ministerrat im Jahr 2010 festgelegten bis 2020 zu realisierenden Projekte nicht gefährdet werden, da diese aufgrund der Beschlusslage weiterhin erste Priorität besitzen.
- Die in Aussicht gestellte Bevorzugung der Stadt-Umland-Bahn bezieht sich auf die Vorrangigkeit gegenüber anderen wartenden Projekten außerhalb der Festlegungen des Ministerrats aus dem Jahr 2010.
- Insbesondere auch Staatsminister Herrmann hat sich in der Ministerrats-Sitzung vom 18. Dezember 2012 für das Projekt ausgesprochen und das Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie gebeten, sich auf Bundesebene für eine Änderung der Förderkriterien im Hinblick auf das Merkmal „eigene Gleiskörper“ einzusetzen.
- Die Staatsregierung rechnet in Kürze mit einer Aussage des Bundes zur Frage der zukünftigen Förderung straßengebundener Streckenabschnitte.
- Der in Aussicht gestellte Härteausgleich des Freistaats ist zunächst von der Festlegung des Bundes bezüglich einer etwaigen Änderung seines Förderrahmens abhängig. Über die Ausgestaltung des Härteausgleichs wird zu gegebener Zeit zu entscheiden sein.
- Ein Spitzengespräch wird aufgrund des derzeitigen Sachstands nur für sinnvoll gehalten, wenn der Bund an diesem teilnimmt, um die unmittelbaren Fragen klären zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Kauer